

Koalitionsvereinbarung zwischen



und



zur Zusammenarbeit im Rat der Stadt Essen

für die Wahlperiode 2014-2020

Präambel

Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 haben die Bürgerinnen und Bürger in Essen ein deutliches Votum abgegeben. SPD und CDU leiten aus dem Wählervotum den Auftrag zur Bildung einer breiten Mehrheit im Rat und für unsere Stadt ab. Wir stellen uns gemeinsam dieser Verantwortung. Folgerichtig ist diese Zusammenarbeit für die gesamte Wahlperiode vereinbart.

Die vorliegende Koalitionsvereinbarung unterstreicht den Willen, aber auch die Pflicht der beiden Koalitionspartner zur Einbringung gemeinsamer Initiativen. SPD und CDU streben gemeinsam eine verlässliche, verantwortungsvolle und berechenbare Politik für die Zukunft unserer Stadt an.

Haushalt, Finanzen, Beteiligungen und Verwaltung

Finanzen

- SPD und CDU vereinbaren eine konsequente Weiterführung des begonnenen Haushaltskonsolidierungskurses. Gemeinsames Ziel ist es, den Haushaltsausgleich schnellstmöglich zu erreichen und damit die Handlungsfähigkeit der Kommune zu erhalten. Die Einhaltung des „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist sozial und ausgewogen voranzutreiben.
- Vor diesem Hintergrund wird nicht nur die Kostenseite, sondern auch die Ertragsituation respektive die Einnahmesituation der Stadt betrachtet werden müssen. Um die Einhaltung des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ nicht zu gefährden, werden auch in den kommenden Jahren regelmäßig alle Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung geprüft. Dies allerdings immer in Abwägung einer strengen Kosten-Risiko-Analyse.
- SPD und CDU wollen die finanziellen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Kommunalsteuern so schnell wie möglich wieder reduzieren. Hierzu gehört auch die Prüfung, ob die Gewerbesteuer ab dem Jahr 2020 wieder gesenkt werden kann, um den Wirtschaftsstandort Essen nachhaltig zu stärken.
- Darüber hinaus setzen sich SPD und CDU auch für eine Verbesserung der Fördermittelakquise (EU, Bund, Land, Stiftungen etc.) ein. Hierfür soll zusammen mit der Europabeauftragten der Stadt Essen eine zentrale Stelle eingerichtet werden.

Beteiligungen

- SPD und CDU stimmen darin überein, dass die Anzahl der städtischen Beteiligungsunternehmen sowie die Anzahl der bestehenden Aufsichtsräte bis 2020 reduziert werden.

- Es besteht Einigkeit darüber, dass im Rahmen der Optimierung der Beteiligungsstrukturen im Konzern Stadt Essen sämtliche immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten zeitnah in einer Immobilienholding gebündelt werden. Zu prüfen ist, ob die relevanten Organisationseinheiten der Stadtverwaltung ebenfalls in diese überführt werden können. Dabei sollen die Immobilien selbst jedoch grundsätzlich im Besitz der Stadt Essen verbleiben.
- Für die Zukunft der EBE wird klar herausgestellt, dass die Stadt auch in Zukunft Mehrheitsgesellschafterin bleiben wird. Dies unabhängig von den möglichen Alternativmodellen. Gleichzeitig werden von der Geschäftsführung eigene Anstrengungen zur Effizienzsteigerung, beispielsweise im Werkstattbereich, und von der EBE weitere Konsolidierungsbeträge für den städtischen Haushalt erwartet.
- Um im Bereich der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (EWG) neue Akzente zu setzen, sind zusätzliche Finanzmittel erforderlich. SPD und CDU sind bereit, diese Mittel mittelfristig zur Verfügung zu stellen. Allerdings muss dies auch mit einer stärkeren Fokussierung der Gesellschaft auf den Bereich der Wirtschaftsförderung und einer belastbaren „Aufgabenkritik“ einhergehen.
- Ähnliche Optimierungserfordernisse bestehen auf Seiten der EMG-Essen Marketing GmbH. Neben einem Konzept für die Innenstadt und für die Stadtteile erwarten SPD und CDU binnen einer Frist von 3 Jahren ein neues und zukunftsweisendes Konzept für das Thema Stadtmarketing und für die Arbeit der (Public Private Partnership-) Gesellschaft.
- Die städteübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsgesellschaften ist logische Folge eines vernetzten ÖPNV. Die Zusammenarbeit im Rahmen der VIA wird vorerst nicht in Frage gestellt. Sollten hier allerdings in absehbarer Zeit keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden, wird man auch andere Alternativen in diesem Bereich prüfen.
- Für SPD und CDU müssen die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit stärker als bisher ausgeschöpft werden. Hier bieten sich insbesondere verwaltungsinterne Bereiche für eine Kooperation mit anderen Städten an.

Sozialgesellschaften

- SPD und CDU bekennen sich zu den städtischen Sozialgesellschaften Essener Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH (EABG-Gruppe), Gesellschaft für soziale Dienstleistungen (GSE), Jugendhilfe Essen (JHE) und Suchthilfe direkt Essen (SDE) als selbstständige und kommunale gemeinnützige Unternehmen. Wir werden die Arbeit dieser Gesellschaften dauerhaft absichern und die Finanzplanung entsprechend anpassen.
- SPD und CDU beabsichtigen, entsprechend der gefassten Ratsbeschlüsse die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der JHE nach dem auf dieser Grundlage

ausgehandeltem Tarifvertrag zu bezahlen und in den Sozialgesellschaften entsprechende Tarifierpassungen auszugleichen.

Verwaltung

- SPD und CDU streben auch zukünftig eine moderne, effiziente und bürgernahe Verwaltung an, die sich an die Bedürfnisse einer sich verändernden Stadtgesellschaft anpasst. Dazu brauchen wir auch weiterhin motivierte, engagierte und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich als Dienstleister für die Menschen in unserer Stadt verstehen.

Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wirtschaft

Arbeit

- SPD und CDU bekennen sich zu der qualifizierten Arbeit des Essener Jobcenters. Trotz der steigenden Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist die seit 3 Jahren stetig steigende Integrationsquote sowie die erfolgreiche Neueinrichtung des „JobService Essen“ und die Vernetzungsarbeit mit den relevanten Akteuren besonders hervorzuheben. Wir wollen alle Bemühungen und arbeitsmarktpolitischen Instrumente unterstützen, damit sich der hohe Anteil der sogenannten „Ergänzer“ bzw. die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften verringert.
- SPD und CDU wollen alle Bemühungen für die Einführung des „Passiv-Aktiv-Tausches“ fördern. Öffentlich geförderte Beschäftigung sollte sich auf im weitesten Sinne gesellschaftlich notwendige Aufgaben beziehen, sinnstiftende Tätigkeiten ermöglichen und eine Brücke zum ersten Arbeitsmarkt bilden. Für diejenigen, die ohne Förderung nicht mehr dauerhaft im Arbeitsleben Fuß fassen können, wollen wir sie aber auch langfristig bzw. dauerhaft ausgestalten. Es erscheint uns sinnvoll, Leistungen zum Lebensunterhalt zur Förderung von Beschäftigungsverhältnissen umzuwidmen.
- SPD und CDU fördern alle Bemühungen der Stadtverwaltung und der Beteiligungsunternehmen der Stadt Essen, jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Wir fördern und fordern die Zusammenarbeit der Beteiligungsunternehmen mit dem JobService Essen des Jobcenters bei der Personalplanung im Sinne einer aktiven Beschäftigungsförderung, damit auch arbeitslose Menschen eine Chance haben, im Konzern Stadt Essen als Fachkräfte eingestellt zu werden.
- Kein Jugendlicher darf in dieser Stadt ohne Perspektive sein. Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit hat deshalb eine große Bedeutung. Daher ist es folgerichtig, für

entsprechende Programme im Bereich U25 proportional mehr Mittel aufzuwenden. Zu weiteren Maßnahmen gehören die Einrichtung einer Jugendberufsagentur, die Verbesserung der Übergänge von Schule zu Beruf sowie ergänzende Jugendsozialarbeit.

- Aufgrund der absehbar ansteigenden Zahl von Flüchtlingen in unserer Stadt wollen SPD und CDU bei langfristiger Aufenthaltsperspektive Instrumente zur Qualifizierung und Integration in unseren Arbeitsmarkt entwickeln.

Soziales / Gesundheit

- Die Einführung des Essener Seniorenförderplans werden SPD und CDU aktiv begleiten und fortschreiben. Hierbei gilt es, Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund entsprechend ihrer besonderen Bedürfnisse zu berücksichtigen.
- SPD und CDU begrüßen den Beitritt der Stadt Essen zur „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen“ und unterstützen die Akteure in der Essener Gesundheitskonferenz bei dem Ausbau der Palliativ- und Hospizangebote in Essen.
- SPD und CDU freuen sich über die hohe Qualität der Pflegeeinrichtungen der Essener Heimträger und wollen die Qualitätsentwicklung weiter unterstützen.
- SPD und CDU fördern den Aufbau und Vernetzung einer städtischen Infrastruktur, um demenziell Erkrankten und deren Angehörigen die größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.
- SPD und CDU bekennen sich zur Koordinierungsfunktion der Stadt Essen innerhalb der Gesundheitsprävention, um allen Menschen die Chance zu geben, gesund zu leben.
- SPD und CDU begrüßen die Einführung einer Essener Teilhabe-Card und werden ihre weitere Entwicklung aktiv begleiten.

Wirtschaft

- Wirtschaftsförderung umfasst für SPD und CDU mehr als die bloße Flächenentwicklung. Um im direkten Standortvergleich bestehen zu können, werden wir Themen der Innovations- und Clusterförderung sowie Aspekte der langfristigen Fachkräftesicherung stärker berücksichtigen. Hierbei spielt auch das Essener Welcome-Center eine Rolle.
- SPD und CDU werden den Industriestandort Essen u.a. mit einem Masterplan Industrie stärken. Zum nachhaltigen Abbau von Arbeitslosigkeit sind neue Industriearbeitsplätze dringend notwendig. Die dabei benötigten Industrie- und Gewerbeflächen werden wir im Rahmen einer Novellierung des RFNP bereitstellen.

- SPD und CDU werden die Verwaltung insgesamt im Sinne einer mittelstandsfreundlichen Verwaltung im Dialog mit den Betroffenen weiterentwickeln. Ziel ist dabei u.a. die Einrichtung der Position eines Mittelstandslotsen.
- Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit sowie die Vernetzung durch abgestimmte Regionalpläne sollen gestärkt werden.
- Essener Unternehmen wollen SPD und CDU am Standort halten und Expansion ermöglichen.
- Handwerksbetriebe und Existenzgründer wollen SPD und CDU aktiv unterstützen.
- Internationalität und Tourismus wollen SPD und CDU in der Stadtentwicklung wirtschaftlich nutzen.
- SPD und CDU stehen zur Messe Essen als wichtigen Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt, den wir auch für die Zukunft absichern werden.
- Wichtige Standortfaktoren für die Internationalität unserer Stadt sind beispielsweise das Goethe-Gymnasium mit der Möglichkeit, das „Internationale Abitur“ abzulegen. Die Internationale Schule Ruhr und das Netz der Europaschulen sind ein wichtiger Standortfaktor für die Internationalität unserer Stadt. Auch zukünftig wollen SPD und CDU die Möglichkeit, in Essen einen internationalen Schulabschluss erhalten zu können, bieten.
- Entsprechend der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern setzen sich SPD und CDU für eine Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen der Stadt Essen und ihrer Beteiligungsunternehmen ein.
- Zu einer modernen Daseinsvorsorge gehört für uns neben dem Wohnen, der Energie und dem Wasser auch zunehmend die Bereitstellung modernster Kommunikationstechniken. Die städtischen Versorgungsunternehmen stellen diese Angebote sicher und müssen daher unbedingt in kommunaler Hand bleiben.
- Der Stadt Essen und ihren Beteiligungsunternehmen kommt bei der Entwicklung und Stärkung eines inklusiven Arbeitsmarktes eine besondere Verantwortung zu.
- Kommunikationsinfrastruktur wollen SPD und CDU ausbauen und Initiativen zur Vermarktung des Ruhrgebiets unterstützen.
- Die Marke „Essen - Die Einkaufsstadt“ wollen SPD und CDU auch aus planerischer Sicht stärken.

Gute Bildung von Anfang an

Frühe Förderung / Kinderbetreuung

- Der Ausbau der Kinderbetreuung wird von SPD und CDU bedarfsorientiert vorangetrieben.
- Gemeinsam mit den Trägern wollen SPD und CDU Antworten auf besondere Lebenslagen geben und ein stadtteilorientiertes Konzept zur flexiblen und verlässlichen Randzeitenbetreuung entwickeln, dabei steht das Wohl des Kindes immer an erster Stelle.
- Die Kitas sind für viele Eltern der Bezugspunkt in unserer Stadt. Darum wollen SPD und CDU das Angebot an Unterstützungsmaßnahmen, Beratungsangeboten und Elternkursen ausbauen.
- In unseren Kitas soll die Vielfalt der Menschen verstärkt deutlich werden. Darum wollen SPD und CDU vermehrt männliches und mehrsprachiges Personal für diesen Beruf gewinnen.
- SPD und CDU wollen die Einführung eines Kita-Qualitätssiegels im Dialog mit den Trägern prüfen. Dabei sind insbesondere die systematische Sprachförderung sowie die Übergänge zur Primarstufe von besonderer Bedeutung.

Kinder und Jugendarbeit

- Kinder und Jugendliche sollen sich frei entfalten können. Gemeinsam mit den Akteuren in der Kinder- und Jugendarbeit wollen SPD und CDU das Angebot sichern und fortentwickeln. Mit jährlich zusätzlichen 1,5 Mio. Euro (aufwachsend ab 2015 von 500 TEURO bis 2019 die volle Summe erreicht wird), wollen wir die offene Kinder und Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit stärken, Mitwirkung ausweiten, in Prävention, Jugendsozialarbeit und Hilfen zur Erziehung investieren, die mobile Arbeit bei der Jugendhilfe Essen ausbauen sowie zielgerichtet kleinere Projekte fördern.
- Die Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendarbeit mit den Schulen werden SPD und CDU weiter fördern.

Prävention statt Nachsorge - Kinderarmut bekämpfen

- Der Kampf gegen Kinderarmut ist ein zentrales Aufgabenfeld. SPD und CDU werden weitere Bausteine ergänzen und ein Gesamtkonzept entwickeln, das die Kindergesundheit, Bildungschancen und Teilhabe sowie die ökonomische Situation von Familien und Alleinerziehenden verbessert.
- Mit dem konsequenten Aufbau von Präventions- und Bildungsketten unterstützen wir Kinder, Jugendliche und Familien. In diesem Zusammenhang setzen sich SPD und CDU für eine starke und zentrale Jugendhilfeplanung ein.

- Den Eltern- und Babybesuchsdienst wollen SPD und CDU weiter ausbauen. Um Beratung und Unterstützung direkt an die Familien zu bringen, braucht es mehr Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern. Wir wollen prüfen, wie wir Kinderkrankenschwestern als Unterstützung für Kitas und Grundschulen mit Blick auf die Kindergesundheit etablieren können.

Kinderfreundliche Stadt

- Kinder brauchen Frei- und Bewegungsräume. Spielplätze, die Jugendfarm, Bolzplätze und Skatertreffs sind unverzichtbare Bestandteile eines kinderfreundlichen Lebensumfelds. Die zahlreichen Spielplatzpaten helfen dabei. Sie wollen SPD und CDU bei ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen.
- Ebenso wichtig sind vielfältige und abwechslungsreiche Kultur- und Freizeitangebote für junge Menschen. In diesem Zusammenhang wollen SPD und CDU das Pfingst Open-Air absichern und als eigenständige Jugendkulturveranstaltung „umsonst und draußen“ erhalten.

Schule

- SPD und CDU werden die Mittel für die Sanierung von Schultoiletten erhöhen und hierfür einen Topf von zusätzlich 3 Millionen Euro aus investiven Mitteln bereitstellen. Wir werden die Verwaltung beauftragen, eine Prioritätenliste zu erstellen, die den Erneuerungsbedarf schulscharf auflistet.
- SPD und CDU werden in einem „Masterplan Schulsanierung und -neubau“ einen Schwerpunkt auf die Sanierung und den Neubau von Schulgebäuden setzen und hierfür zusätzliche investive Mittel bereitstellen. Zu diesem Zwecke wird die Verwaltung beauftragt, eine entsprechende Priorisierung auf der Basis eines Schulgebäudekatasters vorzunehmen.
- SPD und CDU werden die unlängst beschlossenen Schulbauleitlinien im Dialog mit den Schulen (Lehrer, Eltern, Schüler) so fortentwickeln, dass künftige Neubauten und Sanierungen den durch Ganzttag, Inklusion und Unterrichtsgestaltung veränderten Ansprüchen an Schule und Unterricht genügen.
- SPD und CDU werden den Offenen Ganzttag qualitativ und quantitativ bedarfsgerecht ausbauen, um zum einen der steigenden Nachfrage in diesem Bereich zu begegnen und zum anderen die Qualität der Betreuung zu steigern. Hierfür werden wir u.a. die Elternbeiträge sozial gestaffelt erhöhen.
- SPD und CDU wollen die Verwaltung beauftragen, die Ausschöpfung der Gelder für die Sachmittelausstattung an Schulen zu optimieren, so dass die hierfür veranschlagten Gelder auch an den Schulen ankommen.
- SPD und CDU wollen die verschiedenen Sprachfördermaßnahmen evaluieren und konzeptionell neu fassen.

Lebendige Stadtgesellschaft

Integration

- SPD und CDU verstehen Integration als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe unserer Stadtgesellschaft. Zu den integrationspolitischen Leitzielen gehören für uns die Sicherstellung der Erreichbarkeit von Informationen, gleichberechtigte Zugangs- und Teilhabechancen für alle, die aktive Gestaltung des gemeinschaftlichen Zusammenlebens sowie die Stärkung der Potentiale und der Identifikationskraft Essens als Einwanderungsstadt.
- SPD und CDU wollen die Willkommenskultur in der Stadt Essen weiter ausbauen. Sowohl die Willkommenskultur als auch die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören für uns zum Selbstverständnis der Stadt Essen.
- SPD und CDU setzen sich für eine integrierte Sprachförderung von der Kita bis in das Erwachsenenalter ein. Wir wollen die verschiedenen Sprachfördermaßnahmen evaluieren und ggfs. konzeptionell neu fassen. Dabei sollen auch die Bedürfnisse von Spätaussiedlern berücksichtigt werden.
- SPD und CDU wollen, dass ein Angebotskataster aller Sprach- und Bildungsangebote für Eltern und erwachsene Frauen und Männer mit Migrationshintergrund entwickelt wird und die Angebote ggfs. noch bedarfsgerechter ausbauen.
- Die Zusammenarbeit mit den demokratischen, auf Grundlage des Deutschen Grundgesetzes handelnden Migrantenselbstorganisationen (MSO) wollen SPD und CDU verstärken.
- Kommunale Projekte gegen jedwede Form von Extremismus, Rassismus und Diskriminierung werden SPD und CDU in Zusammenarbeit mit den demokratischen Organisationen und Migrantenselbstorganisationen (MSO) entwickeln.

Demografischer Wandel

- SPD und CDU stellen sich den Herausforderungen einer älter und bunter werdenden Stadtgesellschaft.

Inklusion

- SPD und CDU wollen die Quartiere zu Lebensräumen weiterentwickeln, die auch unter der Berücksichtigung einer vielfältigen Bewohnerstruktur im Alter oder mit Behinderungen die Teilhabe im räumlichen und sozial gewohnten Umfeld ermöglichen.
- SPD und CDU prüfen die Einrichtung einer/eines Inklusionsbeauftragten, die/der durch den Rat der Stadt Essen bestellt wird und einer regelmäßigen Inklusionskonferenz, um die weitere Entwicklung einer Essener Inklusionsplanung politisch aktiv zu begleiten.

Ehrenamt

- SPD und CDU setzen sich für eine stärkere Wertschätzung und Anerkennung von Ehrenamt und Bürgerengagement ein.

Wachsende und soziale Stadt / Aktive und sichere Stadtteile

Essen – Zentraler Ort in der Metropolregion Ruhr

- Essen als Heimat verschiedener DAX-Unternehmen und weiterer international tätiger Unternehmen, als Standort der Spitzenmedizin, der Hoch- und Breitenkultur, des Sports, als Kulturhauptstadt, als Stadt mit hervorragenden Museen, Schauspiel- und Konzertstätten, als Bistumssitz und weltoffene Stadt muss sich diese Position erhalten und weiter ausbauen. Voraussetzungen für den Verbleib und die Ansiedlung von bedeutenden Einrichtungen wie Verwaltungen, Kultureinrichtungen, Dienstleistungsunternehmen, produzierendem Gewerbe und Universitäten und Hochschulen müssen geschaffen werden.

Stadtplanung

- SPD und CDU wollen Flächen für die Wirtschaft aktivieren sowie für die industrielle Produktion, Gewerbe und Industrie vorhalten und entwickeln.
- Wissenschaft und Forschung werden SPD und CDU als wichtigen Motor für wirtschaftliche Entwicklung priorisieren.
- SPD und CDU streben die Entwicklung eines integrierten Gesamtverkehrsplans an, um leistungsfähige und bedarfsgerechte Verkehre zu ermöglichen.
- SPD und CDU werden Essen als Energie- und Medienstandort, Bildungsstandort als Einkaufsstadt sowie Finanzzentrum (Banken, Versicherungen u.ä.) und Gesundheitsstandort stärken.
- Baugenehmigungen nach § 34 BauGB, vorhabenbezogene Bebauungspläne sowie Nachverdichtungen dürfen nicht zu einem Verlust des Siedlungscharakters führen. Ggf. wollen wir mit Gestaltungssatzungen o.ä. diesem Verlust entgegen wirken.
- SPD und CDU streben den zügigen Abriss und die konsequente Vermarktung von städtischen Schrottimmobilien und modernes Flächenmanagement mit Flächenrecycling an. Dazu braucht es auch ein Personalentwicklungskonzept für den GB 6.
- Die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten des Baldeneysees müssen konsequent genutzt werden. Dazu gehört für uns auch, dass Schwimmen und Baden im See an ge-

eigneten Stellen (wieder) möglich gemacht werden müssen. Bei der Umsetzung aller Maßnahmen und Projekte sind SPD und CDU besonders wichtig, dass der See und sein Umfeld ihren ursprünglichen Charakter behalten und dass das bestehende Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Nutzern des Baldeneysees erhalten bleibt. Die Regattastrecke muss modernisiert werden. Dazu gehört die Sanierung des Regattaturms und der Tribüne mit Schaffung von Räumen für Wettkampfrichter. Der See muss gut aus dem Stadtzentrum und den anliegenden Stadtteilen erreichbar sein, die zentralen Verkehrsknotenpunkte – einschließlich der Parkmöglichkeiten – rund um den See sind konsequent weiterzuentwickeln.

Wohnen und Quartiersentwicklung

- SPD und CDU wollen die Chancen der Wohnungsnachfrage nutzen („INWIS-Gutachten“), die Eigentumsbildung für breite Schichten ermöglichen und darüber hinaus Wohnungsangebote für kleiner werdende sowie wirtschaftlich schwächere Haushalte ermöglichen. Ein ausgewogenes Verhältnis von Miet- und Eigentumswohnungen muss dabei berücksichtigt werden.
- Die Baulandentwicklung werden SPD und CDU mit sozialen Komponenten und Notwendigkeiten des Wohnens im Alter fördern („Demografischer Wandel“), dazu gehören u.a. auch Altenwohnungen mit Pflegeoption (Bielefelder Modell).
- Pendlerbewegungen wollen SPD und CDU durch attraktives Ansiedlungs-/Wohnungsangebot ausgleichen.
- Unterschiedliche Wohnbedürfnisse („Wohnungs-Nische“) müssen in einer Metropolregion erfüllbar sein, dazu gehören für uns: Familienwohnungen, Einfamilienhäuser für kinderreiche Familien, Alleinerziehendenwohnungen, Singlewohnungen, Single-Service-Wohnen, Freizeitwohnungen, Studentenwohnungen, Gemeinschaftswohnungen, Loftwohnungen, Ökohäuser, Behindertenwohnungen, barrierefreie Altenwohnungen, betreute Altenwohnungen, betreute Altenwohnungen mit Pflege, Seniorenresidenzen, Häuser für Alten-WGs und Mehrgenerationenwohnen.
- SPD und CDU wollen bedarfsgerechte Standorte für Schulen und Kindertagesstätten sowie Bildungsträger entwickeln.
- Die Standortplanung von Unterkünften für Asylsuchende mit mehr als 50 Plätzen gehört für uns zwingend in die integrierte Stadtentwicklungsplanung.

Umwelt und Energie

- Wasser zieht an; Ob Baldeneysee oder rekultivierter Bachlauf, ob Teich, See oder Wasserlauf in der Wohnsiedlung – das Leben / Wohnen mit und am Wasser hat große Be-

deutung. Deshalb fördern SPD und CDU die Renaturierung von Bachläufen und stärken das Programm „Neue Wege zum Wasser“.

- SPD und CDU streben eine Flächenausweisung für Urban Gardening an (Bereitstellen von Flächen für bürgernahe Nutzung als Anbauflächen, unabhängig vom bereits existierenden Kleingartenwesen) und werden das Konzeptes für Straßenbegleitgrün und das Alleenkonzert fortführen.
- Energiewende und Energieberatung zur Energieeinsparung werden wir auch aus kommunaler Sicht begleiten. Dazu gehört für SPD und CDU auch, den nachhaltigen Ressourceneinsatz bei der Stadt und ihren Beteiligungsunternehmen zu forcieren. Energie soll eingespart werden und ein Großteil des Verbrauchs soll mit erneuerbaren Energien abgedeckt werden (z.B. System der Kraft-Wärme-Kopplung). Im Bereich des privaten Wohnens wollen wir Wärmedämmung, Fenster- und Heizungssanierung und Solardachkästen ausbauen und die Fördermittelberatung sicherstellen.
- SPD und CDU wollen eine geordnete Abwasserbeseitigung sicherstellen.
- Lärmschutz ist für SPD und CDU ein wichtiges Thema. Flug- und Verkehrslärm müssen gemindert werden. Im Anflugbereich des Flughafens Düsseldorf setzen sich SPD und CDU für eine zweite Lärmmessstelle auf Essener Stadtgebiet ein. Darüber hinaus setzen wir uns für stadtverträgliche und naturnahe Lärmschutzwände und die Möglichkeiten zu deren anwohnerfreundlichen und klimanützlicher Gestaltung und Begrünung ein.

Aktive Stadtteile

- Quartiersentwicklung und Nachbarschaft begreifen wir als entscheidende Zukunftschance. Gemeinsam wollen SPD und CDU identitätsstiftende Quartiere (Freizeit- und Sporteinrichtungen, Wasser und Grünflächen) schaffen.
- SPD und CDU wollen attraktive Stadtteile für Senioren durch stärkere Einbindung u.a. in das Stadtteilengagement sowie durch Schaffung generationsübergreifender Sport- und Freizeitangebote, aber auch Maßnahmen zur Sicherstellung ärztlicher und pflegerischer Betreuung.
- SPD und CDU werden Konzepte zur Stärkung des Einzelhandels in den Stadtteilen entwickeln, um Leerständen entgegenzuwirken und Maßnahmen ergreifen, um ein Mindestmaß an grundlegender Infrastruktur, wie z.B. Einkaufsmöglichkeiten, Poststellen, etc., in den Stadtteilen zu sichern. Dazu gehört auch der Erhalt des wohnortnahen Service von Bürgerämtern, auch unter Einbeziehung mobiler Varianten wie z.B. in Sparkassenfilialen.
- Wochenmärkte werden SPD und CDU erhalten und erforderlichenfalls durch neue Marktformen, wie z.B. Nachmittags- und Abendmärkte, weiterentwickeln.
- Für uns ist die Aufwertung der nördlichen Innenstadt ein zentrales Thema.

- Erfolgreichen Stadtteilprojekten wollen SPD und CDU eine Regelfinanzierung ermöglichen.

Sicherheit in den Stadtteilen

- SPD und CDU wollen ein kriminalpräventives Sicherheitsmanagement auf Stadtteilebene weiterentwickeln. Das richtet sich insbesondere auch gegen Wohnungseinbrüche und zielt darüber hinaus auf die Beseitigung von Angsträumen ab (z.B. Beleuchtungskonzept, Grünrückschnitt, etc.).
- Der Anschein von Verwahrlosung soll u.a. durch zügige Beseitigung von Abfällen und Schmierereien, zügige Entfernung illegaler Graffiti auch unter Einbeziehung der Täter (Essen Einwandfrei) sowie durch saubere Spielplätze und Parkanlagen verhindert werden.
- Der Ansammlung von Drogen- und Trinkerszene an öffentlichen Plätzen wollen SPD und CDU mittels eines Zusammenwirkens von sozialen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen, wie z.B. Pick-Up-Projekt und stärkerer Präsenz von Polizei und Ordnungsamt, konsequent entgegenwirken.
- SPD und CDU werden die Doppelstreife stärken und die kommunalen Mitarbeiter/-innen im Ordnungsdienst um mindestens 12 Stellen erhöhen, um die notwendige Präsenz im Stadtgebiet sicherzustellen.
- SPD und CDU wollen das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen in den im Katastrophenschutz und Rettungsdiensten tätigen Hilfsorganisationen und der freiwilligen Feuerwehr über kostenfreie Fahrten im Netz der EVAG in Dienstkleidung anerkennen. Das soll auch der Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV dienen.

Kultur

- Das Essener Kulturangebot trägt entscheidend zur Attraktivität unserer Stadt bei. Somit ist Kultur ein nachhaltiger Wirtschaftsfaktor. Städtische Kulturförderung hat die Aufgabe, die Vielfalt und Qualität kultureller Angebote und Teilhabe zu sichern und die demografische Entwicklung in unserer Stadt zu berücksichtigen
- Die Marke „Essen.Kulturhauptstadt“ muss lebendig gehalten werden.
- Die qualitativ hochwertigen Angebote der Theater und Philharmonie Essen mit ihren fünf Sparten gilt es zu unterstützen und zu erhalten.
- SPD und CDU wollen die Kultureinrichtungen unserer Stadt erhalten und schützen, um Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen kulturelle Angebote zu ermöglichen. Gemeinsames Musizieren und kreatives Gestalten überwinden sprachliche Grenzen und

schaffen Freiräume für soziales Lernen. Kulturelle Bildung ist daher eine zentrale Aufgabe für Kultur-, Jugend-, und Schulprojekte.

- Kultur ist unerlässlich für die Selbstverwirklichung und als Teil des lebenslangen Lernens in jedem Alter. Daher müssen die freien Träger und die Vereine der Breiten- und Laienkultur auch weiterhin im gesamten Stadtgebiet unterstützt werden. Dabei geht es nicht nur, aber auch um finanzielle Förderung. Ehrenamt und Bürgerengagement müssen Wertschätzung und Anerkennung finden.
- Ein adäquates Angebot von Stadtteilbibliotheken muss erhalten bleiben.
- SPD und CDU wollen das Haus der Essener Geschichte, die VHS und die Folkwang Musikschule unterstützen und sie stärker in das kulturelle Leben der Stadt einbinden. Gleiches gilt für das Schloss Borbeck, die Folkwang Universität der Künste, das Museum Folkwang, das Ruhr Museum und das Deilbachtal.
- Von dem Konzept „Räume für Kunst“ zur Förderung von Künstlerinnen und Künstlern im Zusammenhang mit der Entwicklung des „Kreativquartiers City.Nord Essen“ gehen wichtige Impulse aus, die es weiterzuverfolgen gilt.
- Die über 100 Kultureinrichtungen haben sich auch zu touristischen Zielen entwickelt. Diese Ziele müssen passgenauer für den touristischen Freizeitbereich vermarktet werden.

Sport und Freizeit

- Für SPD und CDU ist die Sportförderung, die Schaffung und der Erhalt von Sportstätten eine zentrale Aufgabe zukunftsweisender Politik.
- SPD und CDU favorisieren die Möglichkeit, auch zukünftig Sportanlagen kurz- bis mittelfristig nach dem '2:1-Prinzip' weiterzuentwickeln und darüber hinaus die Voraussetzungen zu schaffen, die Zukunft der Vereine zu sichern. Die Vermarktung der aufgegebenen Flächen muss beschleunigt werden und dem Sport zugutekommen.
- Grundvoraussetzung ist ein enger Schulterschluss mit den Sportvereinen und mit dem Essener Sportbund (ESPO) als deren Dachverband. Dazu ist eine angemessene finanzielle Ausstattung des ESPO notwendig. Unsere besondere Wertschätzung und Unterstützung gilt den vielen ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern in unseren Vereinen.
- Wir benötigen die Fortschreibung des im Rat 2006 beschlossenen Masterplans Sport sowie einen Masterplan „Hallen“ für Turn- und Sporthallen. Hierfür müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Zum Erhalt bestehender Sportanlagen muss dem Sanierungsstau wirksam – auch mit Kleinreparaturen – begegnet werden. Gleichzeitig wollen SPD und CDU die eigenver-

antwortliche Nutzung von Sportanlagen durch die Vereine vor Ort weiter ausbauen und unterstützen.

- Über die Vereinssportangebote hinaus müssen wir auch Angebote für diejenigen Bürgerinnen und Bürger schaffen, die sich nicht oder nicht auf Dauer an Vereine binden wollen.
- Spitzensport sowie Breiten- und Freizeitsport bilden keinen Gegensatz. Auch die Sportstätten für den Spitzensport müssen modernen Erfordernissen angepasst werden. Die Durchführung von nationalen und internationalen Sportveranstaltungen muss in Essen möglich sein.
- Das neue Hauptbad am Thurmfeld und das Leistungszentrum Rüttenscheid sollen die Zukunft des Schulschwimmens und des Vereinssports sichern. Die Bäder in den Stadtteilen sind für die Schulschwimmer, insbesondere aus den Grundschulen, Vereine und Bürger, ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Sportinfrastruktur.
- Essen bietet viel Grün und damit weitreichende Möglichkeiten für Freizeit und Erholung, für Jogger, Walker, Wanderer, Radfahrer und sonstige Sporttreibende. Diese Möglichkeiten bedürfen der Pflege und Weiterentwicklung, weil sie fester und unverzichtbarer Bestandteil der Sportinfrastruktur ist. Skater- und Mountainbikeranlagen sowie Spiel- und Bewegungsräume für Jugendliche sollen weiter gefördert werden.

Mobilität und Infrastruktur

Straßen

- Über eine Integrierte Gesamtverkehrsplanung wollen SPD und CDU auch die Veränderung des Modal Split erreichen.
- Da erst nach Vorlage des Bewertungsergebnisse des Bundes im Bundesverkehrswegeplanaufstellungsverfahren (BVWP) eine fachlich sinnvolle Entscheidung möglich ist, wird das Vorhaben Lückenschluss der A 52 zwischen Autobahndreieck Essen-Ost und der A42 bis dahin neutral behandelt.
- Trotz des erheblichen finanziellen und baulichen Aufwandes favorisieren wir bei einem 6-spurigen Ausbau der A40 weiterhin einen sogenannten Deckel westlich des A40-Tunnels. Betroffene Immobilieneigentümer müssen frühzeitig in mögliche Planungen eingebunden werden.
- Der Ruhralleetunnel ist derzeit eine Zukunftsvision. Bis dahin wollen SPD und CDU die Ruhrallee zur Vermeidung und Reduzierung von Verkehrsflussproblemen entsprechend ertüchtigen.
- SPD und CDU wollen den Verkehrsfluss auf der Bottroper Straße, der Steeler Straße und der Gladbecker Straße bzw. B224 optimieren. Im weiteren Verlauf der Bottroper

Straße muss im Bereich Borbecker Straße / Oskarstraße (Pförtnerampel Bottrop-Ebel) aufgrund der Zuständigkeit eine Abstimmung mit der Stadt Bottrop erfolgen. Dafür wollen wir entsprechende Konzepte zur Verkehrslenkung, Verkehrsleitung, Verkehrsplanung für die vorgenannten und die zulaufenden Straßen entwickeln.

- Beim Verkehrskonzept Werden wird eine große Lösung favorisiert.
- Die Verkehrsanbindung des Stadion Essen wollen SPD und CDU optimieren.
- Intelligente Verkehrsleitplanung verknüpft für uns das Parkleitsystem mit Hinweis auch auf öffentliche Verkehrsmittel, die Optimierung des Stadtinformationssystems und ein modernes Verkehrsinformationssystem.
- Im Bereich der Verkehrssicherheitsmaßnahmen streben SPD und CDU mehr ampellose große Kreisverkehre, wo es die Verkehrsbelastung auch zulässt, an. Unter Berücksichtigung der Kinder- und Fahrradfreundlichkeit, wollen wir alle Verkehrsanlagen der Infrastruktur und alle ÖPNV-Anlagen beispielsweise in unmittelbarer Nähe von Schulen, Kitas und Spielplätzen optimieren. Tempo-30-Zonen wollen wir in Form von Pilotprojekten als „Shared Space“ ausweiten.
- Barrierefreiheit bleibt ein wichtiges Thema, z.B. mit Blick auf barrierefreie Bürgersteige
- Die Beschilderung wollen SPD und CDU in ihrer Komplexität, z.B. durch Straßenmarkierungen, reduzieren.
-

Brücken

- Im Rahmen eines Brückenkatasters wollen SPD und CDU die Dringlichkeit baulicher Maßnahmen nach Funktionalität, Sicherheit und Kosten priorisieren. Bei städteübergreifenden Brücken bedarf es einer entsprechenden interkommunalen Abstimmung.
- Darüber hinaus werden sich SPD und CDU der Gestaltung von Bahnunterführungen widmen (Helligkeit, Beleuchtung, Tauben, etc.).

ÖPNV

- Gute Stadtentwicklung braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Hierzu zählt in Essen insbesondere die Attraktivität des ÖPNV. Diese wird maßgeblich durch Sauberkeit und Sicherheit in den Fahrzeugen sowie an den Haltestellen beeinflusst. Direkte Verbindungen, funktionierende Umsteigemöglichkeiten, eine gute Fahrgastinformation und bedarfsgerechte Taktfrequenzen sind hierbei weitere wichtige Bausteine. SPD und CDU sprechen sich daher dafür aus, die Attraktivität des ÖPNV in Essen zu erhöhen, um den Anteil der ÖPNV-Nutzer nachhaltig zu steigern.
- Die interkommunale Zusammenarbeit beim Thema ÖPNV wollen SPD und CDU verstärken.

- Zur Effizienzsteigerung streben wir eine Systemvereinheitlichung und –straffung an (z.B. Tramerhalt und -ausbau, Abschaffung von Parallelverkehren).
- Wichtige Einzelmaßnahmen zum Ausbau des Nahverkehrs sind der Lückenschluss der Straßenbahnlinie 105 zwischen Essen und Oberhausen, der Weiterbau der Straßenbahnlinie 109 nach Anschluss Berthold-Beitz-Boulevards sowie die Führung der Straßenbahnlinie 101 zum M1-Gelände (IKEA). Die Trasse Wasserturm nach Kray wollen SPD und CDU sichern. Bei einem Ersatz des Spurbusses muss eine schnelle Verbindung von Kray in die Innenstadt auf der Achse der A40 gewährleistet werden. Die A40-Trasse der U18 ist nur bei 100% Finanzierung durch den Bund als Straßenbaulastträger zu finanzieren.
- Darüber hinaus sollen weitere Maßnahmen, wie der Ausbau von Vorrangschaltungen für Busse/Bahnen, der Ausbau verkehrssicherer und barrierefreier Haltestellen (auch gemeinsame Bahnsteigkanten für Schiene und Bus ohne Lücken, z.B. Abzweig Katernberg), den Ausbau von Pendler- und Mitfahrerparkplätzen im Stadtgebiet, der Ausbau des Bürgerbus-Angebotes in infrastrukturell schlecht angebundenen Stadtteilen sowie eine einheitliche Sprachansage in deutscher und englischer Sprache (Internationalität) die Attraktivität des ÖPNV steigern.
- SPD und CDU wollen den Einsatz alternativer bzw. neuer Antriebssysteme für Bus und ggf. Straßenbahn prüfen.

Städtische Infrastruktur

- SPD und CDU werden die nachfrageorientierte Flächenausweisung für Car-Sharing und Mietfahrräder sowie Vorrangangebote für Elektrofahrzeuge in Kombination mit „Elektrotankstellen“ prüfen.
- Konflikte bei der Wegenutzung, wie z.B. am Baldeneysee zwischen Fußgängern und Radfahrern, wollen wir ausräumen.
- Mit Blick auf städtisch genutzte Immobilien wollen SPD und CDU eine Anpassung des Raumbedarfs- und Flächenkonzepts. Darüber hinaus muss auch der Nutzungs- und Pflegeplan für städtische Immobilien optimiert werden. Wir wollen zudem prüfen, inwieweit städtische Einrichtungen stärker auch durch Dritte genutzt werden können (z.B. Schulaulen für Brauchtumsveranstaltungen).
- SPD und CDU wollen eine Vermarktung nicht mehr benötigter städtischer Immobilien auch durch Dritte ermöglichen.
- Den Rathaus-Außenbereich wollen SPD und CDU instand setzen und durch ein gastronomisches Angebot aufwerten.

Fahrrad

- SPD und CDU werden die Entwicklung eines interkommunalen Fahrradwegenetzwerkes, den Lückenschluss des Fahrradhaupttroutennetzes (mit Zeitplanung), die Optimierung der Fahrbahnbeläge von Fahrradwegen, den Nutzungszwang von Fahrrad- und Fußgängerwegen sowie die Ausweitung von „Tankstellen“ für E-Bikes an Zielpunkten vorantreiben.

Luftverkehr

- SPD und CDU werden den Luftverkehr in Wohngebieten bei Drohnennutzung durch Privatpersonen oder auch Gewerbetreibende regeln.

ENTWURF